



Richard Quaas Mario Schmidbauer Adi Wiedemann Walter Zöllner
CSU-Stadtratsfraktion

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

80331 München

Antrag
27.04.01

Nordpark endlich errichten – Einlösung des rot-grünen Wahlversprechens von 1990

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Verteidigungsminister Scharping zu verhandeln, den durch den Abbau der Bundeswehr in München jetzt überflüssigen Standortübungsplatz in der Fröttmaninger Heide aufzulösen und das unter Naturschutz stehende Gelände auf dem Stadtgebiet an die Landeshauptstadt zu übergeben.
2. Das rot-grüne Wahlversprechen, auf dieser Heidefläche und den angrenzenden Gebieten, wie der „Panzerwiese“ den „Nordpark“ zu errichten, wird nach nunmehr 11 Jahren endlich zügig in die Tat umgesetzt.
3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich beim Bund dafür zu verwenden, daß die Bürger des Münchner Nordens die Fröttmaninger Heide schon jetzt in übungsfreien Zeiten zu Erholungszwecken nutzen können.

Begründung:

Nachdem trotz des Widerstandes vieler Bundeswehrangehöriger und der Münchner CSU die rot-grüne Bundesregierung in Berlin ihre Pläne den Bundeswehrstandort München fast aufzulösen durchgesetzt hat, wird der für den militärischen Ausbildungsbetrieb notwendige Standortübungsplatz in der Fröttmaninger Heide nicht mehr benötigt.

Mit dieser ökologisch besonders wertvollen Heidefläche kann dann endlich der schon fast vergessene Kronawittersche Wahlschlager von 1990 die Errichtung des Nordparks in Angriff genommen werden. Die Bürger des Münchner Nordens warten jetzt schon seit 11 Jahren auf die Einlösung dieses rot-grünen Wahlversprechens.



Richard Quaas, Stadtrat

Mario Schmidbauer, Stadtrat

Adi Wiedemann, Stadtrat

Walter Zöllner, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

80331 München

Fraktion der CSU im
Stadtrat
der Landeshauptstadt
München

80331 München
Rathaus, Zimmer 249 / II
Telefon 233 – 9 26 50
Telefax 2 91 37 65
csu-fraktion@muenchen.de

Stadtparkasse München
Konto 2 196 (BLZ 701 500 00)

21.09.01

Realisierung des Nord-Parks JETZT

Die CSU-Stadtratsfraktion beantragt, der Stadtrat wolle beschließen:

1. Die Stadt übernimmt die Kosten in Höhe von rd. 50.000,-- DM für die Verlegung des Sprengplatzes auf dem Standortübungsplatz Fröttmaninger Heide.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, umgehend intensive Verhandlungen mit den nördlichen Umlandgemeinden einzutreten mit dem Ziel, den Nord-Park endlich zu realisieren.

Begründung:

1978 hat erstmals die CSU-Stadtratsfraktion die Errichtung eines Nord-Parks angeregt. Seither gab es lediglich einen Stadtratsbeschluß vom Februar 1985, in dem die Stadt die Absicht erklärte, einen künftigen Nord-Park realisieren zu wollen und einen Stadtratsbeschluß von 1990, mit dem das Strukturkonzept für den Münchner Norden genehmigt wurde. Sonst ist nichts geschehen.

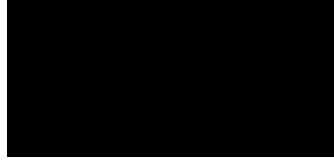
Es ist Zeit, endlich mit der Realisierung des Nord-Parks ernst zu machen. Dazu sollen sich die Stadt und die Umlandgemeinden an einen Tisch setzen und mit den konkreten Planungen beginnen. Im Norden Münchens könnte der größte Park der Welt, ein rund 200 km² großes Erholungsgelände zwischen Dachau im Westen bis zur Isar im Osten, von der Fröttmaninger Heide in München bis Neufarn im Norden entstehen.

Zuvor müßte allerdings noch eine Hürde aus dem Weg geräumt werden. Auf Drängen des CSU-Bundestagsabgeordneten Singhammer ist der Bund zwar bereit, die militärische Nutzung des Südteils des Übungsplatzes bereits Ende 2002/Anfang 2003 einzustellen, dazu müßte aber der vorhandene Sprengplatz auf ein Gelände nördlich der A 99 verlegt werden. Der Bund verlangt aber, daß die Stadt die Kosten in Höhe von rd. 50.000,- DM trägt.

Die CSU-Stadtratsfraktion ist der Auffassung, daß dieser relativ geringe Betrag von der Stadt getragen werden sollte, wenn man bedenkt, daß dafür der Münchner

Bevölkerung, insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern aus Freimann, ein riesiges Erholungsgelände angeboten werden kann.

Initiative:



Hans Podiuk, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Richard Quaas
Stadtrat

Mario Schmidbauer
Stadtrat

Adi Wiedemann
Stadtrat



Norbert Kreitl

Freie Wähler München e.V.

Sorort	Zeit	über Reg. NR. 539	
OB	2. BM	3. BM	Dir.
Direktorium Büro des Oberbürgermeisters 20. JULI 2001			
AZ:			
B	Z	K	R
E	W	Abl.	Vorg.
Uml.			

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus – Marienplatz 8

80331 München

München, 20.07.2001

**Bahntunnel von Zamdorf bis Johanneskirchen
und Erstellen eines städtebaulichen Strukturplans**
Antrag Nr. 3060

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, beim Bund als Alleineigentümer der Bahn AG und beim Vorstand der Bahn AG sich dafür einzusetzen, dass im gesamten Bereich von Zamdorf bis Johanneskirchen die S-Bahn und Güterzugtrasse in einen Tunnel eingebracht wird.
2. Das Planungsreferat erstellt für diesen Bereich östlich und westlich einen städtebaulichen Strukturplan mit dem Ziel
 - der städtebaulichen Aufwertung
 - Aufhebung der Trennung und Zusammenführung der Gebiete östlich und westlich entlang der Bahnlinie
 - Verbesserung der gesamten Infrastruktur mit Schaffung von kleinen Unterzentren am S-Bahnhof Zamdorf und Johanneskirchen
 - sinnvolle Verwertung der Grundstücke mit dem Ziel, auch die Finanzierung der Maßnahme mit zu sichern
3. Mit den verschiedenen Grundeigentümern in diesem Bereich sind umgehend Gespräche aufzunehmen.

BEGRÜNDUNG:

Von Zamdorf bis Johanneskirchen wird auf einem zweigleisigen Streckenabschnitt, neben der alle 20 Minuten verkehrenden S-Bahn, ein Großteil des Güterzugverkehrs vom Allacher Rangierbahnhof vorbeigeführt.

Der Flächennutzungsplan weist dieses Gebiet teilweise als reines, ansonsten als Wohngebiet aus.

Die Bebauung besteht aus Siedlungshäusern und Geschosswohnungsbau mit bis zu 15 Stockwerken, unmittelbar an der Bahntrasse. Die Menschen sind seit Jahren Tag und Nacht dem unerträglichen Lärm ausgesetzt. Kein verantwortlicher Politiker würde es hier eine Nacht aushalten.

Der aufgezeigte Weg über die Verwertung der Grundstücke kann auch zur Finanzierung der Maßnahme beitragen. Auch die Beseitigung der trostlosen städtebaulichen Situation, entlang der Bahnlinie, würde den gesamten Bereich erheblich aufwerten. Die öffentlichen Gelder wären dort sinnvoller angelegt als in Prestigeobjekten, wie z.B. Transrapid.

Norbert Kreitl
Stadtrat

Barbara Schöne
Stadträtin



Josef Schmid

Richard Quaas

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz

80331 München

ANTRAG
17.10.07

München bekennt sich zu seiner Verantwortung für Beth-Shalom – Münchens liberaler jüdischer Gemeinde

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München bekennt sich neben ihrem großen Engagement für die IKG München-Oberbayern, auch zu Ihrer Verantwortung für die liberale jüdische Gemeinde Münchens – Beth Shalom – die in der Tradition der großen jüdischen Gemeinde Münchens vor der Shoa steht, die damals die Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung in unserer Stadt repräsentiert hat.

Im Sinne dieser Verantwortung wird die Stadtverwaltung beauftragt die liberale jüdische Gemeinde Münchens – Beth-Shalom - bei der Suche nach einer neuen und für die Gemeinde finanzierbaren Synagoge zu unterstützen und die notwendigen Hilfestellungen zu geben.

Begründung:

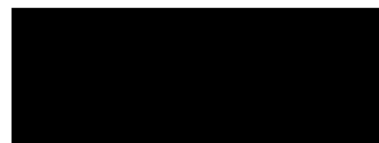
Die liberale jüdische Gemeinde Münchens, Beth-Shalom, ist die religiöse Heimat von vielen hundert Münchnerinnen und Münchnern jüdischen Glaubens, die sich der großen Tradition der jüdischen Einheitsgemeinde in München vor dem Holocaust verbunden und verpflichtet sehen, die damals den überwiegenden Teil der jüdischen Münchner Bevölkerung repräsentiert hat.

Neben ihrem wichtigen und großen Engagement für die IKG München und Oberbayern, das seinen momentanen Höhepunkt bei der Unterstützung der Errichtung der neuen Synagoge und des Gemeindezentrums am St. Jakobsplatz gefunden hat, sollte sich die Landeshauptstadt auch zu ihrer besonderen Verantwortung für das liberale Judentum in München bekennen.

Der religiöse Mittelpunkt der liberalen jüdischen Gemeinde vor der Shoa war die 1887 errichtete und von den Nazis 1938 abgerissene große Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Die jetzt genutzte Synagoge an der Isartalstraße ist für die aufblühende neue liberale Gemeinde längst zu klein geworden und entspricht auch in ihrem baulichen Zustand nicht den Erfordernissen einer modernen Gemeindearbeit. Deshalb braucht und sucht die Gemeinde für Ihre Gottesdienste und für das Gemeindeleben ein geeignetes und finanzierbares Gebäude in der Stadt, das den liberalen Juden Münchens auf lange Zeit eine neue Heimstatt bietet. Zu denken wäre hier evtl. auch an die Synagoge in der Reichenbachstraße, die seit der Einweihung der neuen Synagoge auf dem St. Jakobsplatz auf eine neue Bestimmung wartet. Hier ist die Stadt aufgefordert Hilfestellung zu leisten und damit dazu beizutragen, dass die jüdisch liberale Tradition auch in München wieder eine Zukunft hat.



Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender



Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender



Josef Schmid / Dr. Georg Kronawitter / Walter Zöller / Tobias Weiß

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
25.11.08

**MÜNCHEN LERNT AUS PLANERISCHEN FEHLERN:
Was wird in Freiham Nord besser und warum?**

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat ist in seiner Gesamtheit darzustellen, welche Vorkehrungen durch die Stadtplanung getroffen worden sind oder noch getroffen werden, um alle Schwächen und Fehler zu vermeiden, die am städtebaulichen Erscheinungsbild der großen Münchner Stadterweiterungsprojekte der letzten 15 Jahre (v.a. Messestadt Riem, Parkstadt Schwabing, Ackermannbogen und Arnulfpark) kritisiert werden.

Einzugehen ist dabei insbesondere auf:

- Formulierung der städtebaulichen und sozialplanerischen Ziele,
- Zusammensetzung der Gruppe der Fachpreisrichter bei den entscheidenden städtebaulichen Wettbewerben,
- Auswirkung von Eckdatenvorgaben auf die städtebauliche Vielfalt und soziale Ausgewogenheit neuer Quartiere,
- Zuschnitt von Grundstücksgrößen und ihren Einfluss auf städtebauliche Vielfalt und Entwicklung guter Nachbarschaften.

Begründung:

Das Unbehagen an der städtebaulichen Anmutung und Qualität großer Münchner Neubaugenossenschaften der letzten 15 Jahre, die unter dem Leitbild „kompakt – urban – grün“ entstanden sind, ist mit der Hand zu greifen. Auch der Münchner Oberbürgermeister konnte sich ihm zumindest zeitweise nicht ganz entziehen.

Typische Kritikpunkte an den Münchner Neubaugenossenschaften sind: zu uniform, zu anonym, zu steril, zu wenig urban, wenig Platz für Individualität. Gleichzeitig wird anerkannt, dass es bei allen Projekten positive Aspekte und auch Exemplare guter Einzel-Architekturen gibt.

Diese breitgefächerte Kritik von Fachwelt, Medien und interessierten Bürgerinnen und Bürgern lässt sich auch nicht von – meist internationalen – Städtebau-Preisen beeindrucken, die diese Projekte immer wieder einheimen.

Als Ursachen werden viele genannt: Stadtplaner verweisen auf die Investorenanforderungen, Investoren fühlen sich von der Stadtplanung eingeengt.

Im Stadtrat wird die Diskussion über diese Mega-Projekte kaum in der nötigen Tiefe und Breite geführt, sieht man von umstrittenen Projekten wie der neuen Werkbund-Siedlung ab.

Hin und wieder wird aus Insiderkreisen als eine Ursache für die geschilderte unbefriedigende Lage genannt, dass schon die Zusammensetzung der Fachpreisrichter erahnen lässt, welcher städtebauliche Ansatz im Wettbewerb reüssieren werde.

Auch die bedauerliche Tatsache, dass ein Neubau-Viertel wie die Messestadt Riem entgegen der Erwartung einer seinerzeitigen SPD-Planungssprecherin in der sozialen Zusammensetzung nicht die Münchner Bevölkerungsmischung repräsentiert, sondern seit Jahren eine Spitzenposition in der Münchner Armutsstatistik einnimmt und einen entsprechend hohen sozialen Interventionsbedarf generiert, bedarf jetzt, wo mit der Planung von Freiham Nord das nächste Mega-Wohnprojekt in Angriff genommen wird, einer unvoreingenommenen Diskussion innerhalb und außerhalb des Stadtrats.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

gez.
Walter Zöllner
Stadtrat

gez.
Tobias Weiß
Stadtrat



Dr. Reinhold Babor

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
06.02.12

Seniorenpolitisches Programm unter Einbeziehung der Referate

Der Oberbürgermeister setzt sich dafür ein, dass jedes Referat für sich oder im Verbund ein seniorenpolitisches Programm für München erstellt. Dabei ist darauf einzugehen, was bereits geschehen und was geplant ist. Städtische Gesellschaften, wie die Klinikum München GmbH, die Münchenstift gGmbH, die MVG der Stadtwerke, die städtischen Wohnbaugesellschaften und die Volkshochschule, werden durch die entsprechenden Betreuungsreferate erfasst.

Begründung:

Die Erstellung eines seniorenpolitischen Programms zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns 2012 und Solidarität zwischen den Generationen“ bietet sich an.

Es dient aber auch dazu, den über 325.000 älteren Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt die Bewältigung alltäglicher Aufgaben zu erleichtern und zu vereinfachen.

Die Verwaltung ist gefordert, die Gestaltung unseres Umfeldes, der Mobilität und der öffentlichen Infrastruktur künftig verstärkt auf die Bedürfnisse des Alters auszurichten.

Bisher hat das Sozialreferat unter dem Gesichtspunkt der sozialen Fürsorge ein Programm vorgelegt. Als Betreuungsreferat sollte auch die Münchenstift gGmbH in diesem Programm eingearbeitet werden. Weiter Referate sind das Referat für Gesundheit und Umweltschutz, das Kreisverwaltungsreferat für die Sicherheit im Straßenverkehr, das Planungsreferat für notwendige Alteneinrichtungen in Bebauungsplänen und als Betreuungsreferat der Münchner Wohnungsgesellschaften und das Wirtschaftsreferat als Betreuungsreferat der Stadtwerke und der MVG, die notwendiges Mobilitätstraining anbieten soll, aber auch das Kulturreferat unter Einbindung der Volkshochschule.

gez.
Dr. Reinhold Babor
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Hans Podiuk
Stadtrat Michael Kuffer
Stadtrat Walter Zöllner
Stadträtin Heike Kainz
Stadtrat Johann Sauerer
Stadtrat Johann Stadler
Stadtrat Max Straßer

ANTRAG
22.05.2015

Infrastrukturprogramm München I: Qualifizierte Infrastrukturuntersuchungen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt München erstellt für jeden Stadtbezirk eine qualifizierte Infrastrukturuntersuchung; für überörtliche Infrastrukturfragen wird eine stadtgebietsweite Untersuchung zu ausgewählten Themenbereichen erstellt.
2. Die Untersuchungen sollen qualifizierte Aussagen ermöglichen zum Deckungsgrad der Infrastrukturbedarfe, insbesondere in folgenden Bereichen:

Soziale Infrastruktur

- a) Kinderbetreuung
- b) schulische Versorgung (zumindest Grund- und weiterführende Schulen, einschl. Ganztagsangebote)
- c) ärztliche Versorgung (einschl. Notfalleleistungen)
- d) Jugendeinrichtungen
- e) Senioren- und Pflegeeinrichtungen
- f) Kulturelle Einrichtungen
- g) Sportflächen

Nahversorgung

- h) Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs
- i) Gastronomie
- j) Bürgerbüros

Verkehrsinfrastruktur

- k) Öffentlicher Personennahverkehr
- l) Individualverkehr
- m) Nahverkehre

3. Die Infrastrukturuntersuchungen werden alle 5 bis 6 Jahre aktualisiert. Sie beziehen sich nicht nur auf den status quo, sondern schließen absehbare Entwicklungen, insbesondere Neubauvorhaben, aber auch beispielsweise langfristige Planungen zur Siedlungsentwicklung, und die auf dieser Basis prognostizierbaren mittel- und langfristigen Entwicklungen der Infrastrukturbedarfe mit ein.

Begründung:

Die Landeshauptstadt sieht sich einem immensen Einwohnerzuwachs gegenüber. Den aktuellen Prognosen zufolge könnte München bis zum Jahre 2030 bis zu 300.000 neue Einwohner bekommen. Darüber hinaus wird auch die Zahl der Pendler und damit der in München arbeitenden Bevölkerung drastisch zunehmen.

Damit ist notwendigerweise ein immenses städtebauliches Wachstum verbunden.

Dabei kann die hohe Lebensqualität in der Stadt nur erhalten werden, wenn der Ausbau der Infrastruktur mit dem städtebaulichen Wachstum gleichläuft. Der Ausbau der Infrastruktur muss die „Gegenleistung“ für die Nachverdichtung darstellen.

Städtebauliche, soziale und infrastrukturelle Aspekte müssen dabei gleichermaßen aufeinander abgestimmt und gewürdigt werden.

Leider war die Stadt in der Vergangenheit vielfach entweder bei der Infrastrukturplanung zu zögerlich und bei deren Verknüpfung mit der Bauleitplanung zu inkonsequent oder hat schlicht die natürlichen Grenzen der herstellbaren Infrastruktur verkannt. Die Folge dieses infrastrukturellen Defizites sind schon heute Erscheinungen wie ein Mangel an Kinderbetreuungsangeboten, überlange Schulwege, ein in manchen Gebieten immenser Parkdruck sowie Verkehrsstörungen und -behinderungen ebenso wie eine mangelhafte Nahversorgung.

Hans Podiuk
Stadtrat

Michael Kuffer
Stadtrat

Walter Zöllner
Stadtrat

Heike Kainz
Stadträtin

Johann Sauerer
Stadtrat

Johann Stadler
Stadtrat

Max Straßer
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Hans Podiuk
Stadtrat Michael Kuffer
Stadtrat Walter Zöllner
Stadträtin Heike Kainz
Stadtrat Johann Sauerer
Stadtrat Johann Stadler
Stadtrat Max Straßer

ANTRAG
22.05.2015

Infrastrukturprogramm München II: Handlungsprogramm Infrastruktur

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Ergebnisse der Infrastrukturuntersuchung bzw. die sich daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten werden den Bauleitplanungen als Planungsziele zugrunde gelegt; sie fließen in die Nahverkehrs- und Verkehrsentwicklungsplanung ein.
2. Auf der Grundlage Infrastrukturuntersuchungen werden die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der infrastrukturellen Entwicklung auf Stadtbezirks-/Stadtteilebene in Rahmenplänen dargestellt.
3. Soweit sich aus den Ergebnissen der Infrastrukturuntersuchungen gesamtstädtische Handlungsziele ableiten lassen, werden diese in einem „Infrastrukturplan München“ dargestellt, der vom Stadtrat zu beschließen ist.

Begründung:

Zur Deckung des Infrastrukturbedarfs muss die Stadt direkte (etwa durch eigene städtische Baumaßnahmen), aber v. a. auch indirekte Beiträge leisten (durch die Bereitstellung oder zumindest die Ausweisung von Flächen, durch Standortförderung u. ä.).

Hierfür bedarf es einer langfristigen strukturierten Planung auf allen Ebenen.

Hans Podiuk
Stadtrat

Michael Kuffer
Stadtrat

Walter Zöllner
Stadtrat

Heike Kainz
Stadträtin

Johann Sauerer
Stadtrat

Johann Stadler
Stadtrat

Max Straßer
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 23.02.2016

**Neuordnung des Wohn-Gewerbegebiets in Perlach, südlich des S-Bahnhofes,
Umgriff: südlich der Gleistrasse, westlich der Nailla-/Hofer-Straße, nördlich der
Stadtgrenze, östlich der Unterhachinger Straße**

Antrag

Das Planungsreferat stellt dem Stadtrat die aktuelle planerische und bauliche Situation südlich des S-Bahnhofes Perlach dar und die perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten durch den geplanten barrierefreien Ausbau des S-Bahnhofes (vorr. 2018) – mit dem Ziel, den Wohnungsanteil bei der künftigen Flächenverteilung deutlich zu erhöhen. Dargestellt werden sollen auch Verbesserungen zu Gunsten einer Vernetzung von Natur-, Grün- und Erholungsflächen.

Begründung:

Das Gebiet südlich des S-Bahnhofes Perlach hat in den letzten Jahren einige strukturelle Veränderungen erfahren, z. B. Betriebsstilllegungen, Umnutzung von gewerblichen Grundstücken zu Bildungseinrichtungen, Ansiedlung von Rotlicht-Gewerbe. Bislang ist die städtebauliche Entwicklung des Gebietes nur in einem kleinen durch B-Pläne geregelt. Insgesamt jedoch stand dieses Gebiet, das partiell auch als Wohngebiet genutzt wird, nicht im Fokus der Stadtplanung.

Durch den nun fest geplanten barrierefreien Ausbau des S-Bahnhofs mit verbessertem Anschluss nach Süden ergeben sich auch hier neue städtebauliche Perspektiven für die Stadtplanung. Die Gegenüberstellung des Status quo mit möglichen städtebaulichen Perspektiven könnten eine gute Grundlage für ein Bauleitplan-Verfahren sein, bei dem das gesamte Viertel profitieren könnte.

Fraktion
Die Grünen – rosa - liste

Initiative:
Herbert Danner, Gülseren Demirel, Paul Bickelbacher, Sabine Nallinger, Anna Hanusch

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 06.07.2016

München braucht eine Gewerbeflächengesellschaft – Innovative städtebauliche Entwicklungen in städtischer Hand vorantreiben

Antrag

- 1. München baut eine städtische Gesellschaft auf, die**
 - in Kern- und Mischgebieten Wohn- und Gewerbeflächen entwickelt und
 - in Neubau- und Sanierungsgebieten Erdgeschossflächen für gewerbliche, soziale und kulturelle Nutzungen entwickelt und vermarktet.
- 2. Die Flächen können sowohl im Besitz der Gesellschaft sein als auch von ihr gemanagt werden. Der fertiggestellte Wohnraum kann an die GWG übertragen werden.**
- 3. Es wird geprüft, ob die MGS diese Aufgaben zukünftig übernehmen kann.**

Begründung:

Städtische Grundstücke, für die eine gemischte Wohn- und Gewerbenutzung (auch mit höherem Gewerbeanteil) vorgesehen ist, sollten von der der LHM selbst entwickelt und bebaut werden können. Hierfür bedarf es einer darauf spezialisierten städtischen Gesellschaft, da die die Kernkompetenz der Wohnungsgesellschaften beim Bau von Wohnungen liegt und sie damit ausgelastet sind.

Gerade im Hinblick auf die anstehende schwierige städtebauliche Entwicklung der der letzten freien städtischen Flächen (Kasernengelände, Freiham, u.v.m.) ist es geboten, die Realisierung städtebaulicher Ziele in die eigene Hand zu nehmen. Dazu ist eine eigene städtische Gesellschaft am besten in der Lage. Selbst entwickeln und bauen ist allemal besser als sich vom (Spekulations-)Markt abhängig zu machen und als Ergebnis teuren Wohnraum zu bekommen. Der an die GWG übertragene Wohnraum bleibt hingegen in städtischer Hand. Eine solche Gewerbeflächengesellschaft könnte auch für einen guten Branchenmix sorgen und die Vermarktung von Erdgeschossflächen in Neubaugebieten übernehmen, so dass eine städtebauliche Entwicklung mit Nichtwohnnutzungen im Erdgeschoss zugunsten einer funktionalen Nutzungsmischung ermöglicht wird, die von privater Seite häufig abgelehnt wird. Vorbild für ein solches Management von Erdgeschossnutzungen ist die Seestadt Aspern in Wien. Hier ist eine städtische Gesellschaft für die Vermietung der Erdgeschosse zuständig. Sie erfragt die Bedürfnisse der Quartiersbewohner*innen und kann auch einen gewissen Ausgleich bezüglich der Miethöhen herstellen. (

<http://www.aspern-seestadt.at/resources/files/2013/11/5/3142/2011-citylab-report-2-2-die-instru>

[mente-des-staedtebaus.pdf](#)).

Die LH München verkaufte bislang Flächen mit gemischter Nutzung (Wohnen, Einzelhandel, Kultur) - also klassische Kerngebietsflächen - an Dritte (beispielsweise am Hanns-Seidel-Platz, Pasinger Marienplatz, Funkkaserne MK1, Riem WA4, Pasing Landsberger Str./Offenbachstr., "Sendlinger Wüste" an der Pfeufer/Radlkoferstraße MK6). Damit sind sie dem Zugriff für eine städtebauliche Entwicklung entzogen.

Die MGS würde sich u.a. anhand der in Sanierungsgebieten der Sozialen Stadt und der aktiven Zentren erworbenen Kompetenzen beim Leerstandsflächenmanagement und der Erfahrungen mit gemischten Nutzungen dazu eignen, zu einer solchen Gesellschaft weiterentwickelt zu werden. Dieses „Kapital“ gilt es zu nutzen. Die MGS soll daher für dieses neuen Aufgabenfeld personell ertüchtigt werden. Die Satzung ist entsprechend anzupassen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Gülseren Demirel

Paul Bickelbacher

Herbert Danner

Anna Hanusch

Sabine Nallinger

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 05.10.2018

Grün statt grau – Gewerbeflächen im Wandel I

Management von Gewerbegebieten und -flächen: Gewerbeflächen umstrukturieren statt neu ausweisen, Wohn- und Arbeitsraum schaffen, Grünflächen schützen

Antrag

Die LH München weist keine neuen Flächen für Gewerbe auf bisher unversiegelten Flächen aus. Stattdessen erstellt sie Planungen zur Umstrukturierung und Nachverdichtung vorhandener Gewerbeflächen, um diese effizienter zu nutzen. Dabei gilt es besonders das große Flächenpotential bisheriger Verkehrsflächen zu nutzen.

Gleichzeitig ist bei den Planungen für die Umstrukturierung und Nachverdichtung zu prüfen, inwieweit vorhandene Gewerbeflächen städtebaulich aufgewertet werden und zusätzlich neuen Wohnraum in sogenannten urbanen Gebieten bieten können.

Um diese Aufgaben leisten zu können, wird ein aktives Management von Gewerbeflächen flächendeckend und nicht nur punktuell als zentraler Bestandteil der Münchner Flächenpolitik eingeführt.

Begründung:

Fläche ist kostbar. Im wachsenden München brauchen wir bezahlbaren Wohnraum, soziale Infrastruktur und wir brauchen unsere Grünflächen für die Erholung, die Artenvielfalt und fürs Klima. Doch gerade im Gewerbe wird mit Fläche oft viel zu verschwenderisch umgegangen. Deshalb muss der Fokus bei der Suche nach Gewerbeflächen ganz klar auf die Umstrukturierung von Gewerbegebieten, aber auch von einzelnen Gewerbeflächen gelegt werden. Das Potential dafür ist in München vorhanden: Zahlreiche ausgewiesene ältere Gewerbegebiete brauchen eine Frischzellenkultur – z.B. der Euroindustriepark, Obersendling, Neumarkter Straße, Am Moosfeld und Perlach Süd. Die bestehenden Strukturen sind teils nicht mehr konkurrenzfähig oder verbrauchen wertvolle Flächen durch eingeschossige Gebäude und riesige Parkplätze. Eingeschossige, großflächige Einzelhändler wie Discounter oder Baumärkte mit ihren überdimensionierten Parkplätzen finden sich in der ganzen Stadt. Dem muss entgegengewirkt werden. Der Bedarf an Gewerbe ist dementsprechend vorrangig auf bereits bestehenden Gewerbeflächen zu befriedigen (sogenanntes Gewerbeflächenrecycling) und auf einen optimierten Umgang mit der Fläche ist zu achten. Dabei ist sogar eine städtebauliche Aufwertung und Schaffung neuen Wohnraums möglich. Mit Wohnen verträgliches Gewerbe bereichert die Erdgeschosse von neuen urbanen Gebieten, wie sie z.B. im neuen Wohnungsbaugebiet der ehemaligen Bayernkaserne entstehen. Allgemeine Grünflächen, Parkanlagen, Waldflächen, Parks, ökologische Vorrangflächen und ausgewiesene Grünzüge

müssen für Gewerbe tabu sein.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Katrin Habenschaden

Herbert Danner

Paul Bickelbacher

Sabine Krieger

Anna Hanusch,

Gülseren Demirel

Hep Monatzeder,

Anja Berger

Sabine Nallinger

Mitglieder des Stadtrates

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 14.02.2019

„Blumenbunker“ als Zentrum für Baukultur etablieren!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Nutzung des Hochbunkers an der Blumenstraße als Zentrum für Baukultur in die Wege zu leiten. Dazu sind die Ergebnisse aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 15.09.2016 darzulegen. Eine Bauträgerschaft durch die MGH - Münchner Gewerbehof- und Technologiezentrums GmbH ist zu bewerten.

Begründung

Mit Beschluss vom 15.09.2016 hat der Kommunalausschuss ein Betreiberkonzept und Nutzerbedarfsprogramm für ein Haus der Baukultur im sog. Blumenbunker in Auftrag gegeben und gebeten, die weiteren Schritte zur Nutzbarmachung der Immobilie und den dafür erforderlichen Kostenrahmen zu ermitteln.

Das Thema Baukultur erfreut sich in der Münchner Bevölkerung eines immer größeren Interesses. Beispiele dafür sind die Diskussionen über die Qualität neuer Stadtquartiere, die Hochhausdebatte, der Diskurs um die richtige Mischung, die angemessene und ästhetische Dichte, der Erhalt von Grün in der Stadt und natürlich auch Fragen zum Denkmalschutz.

Baukultur beruht auf einem gesellschaftlichen Prozess, der eine Verständigung über grundlegende qualitative Werte und Ziele ermöglicht.

Gerade in Zeiten der Verdichtung der Stadt ist es erforderlich, auch ohne konkreten Anlass wie etwa ein Planungsverfahren der Öffentlichkeit Möglichkeit und Raum zur Information, zum Austausch und zur Diskussion zu bieten.

Dass hierfür der Blumenbunker auch aufgrund seiner zentralen Lage geeignet ist, wurde bereits im genannten Stadtratsbeschluss festgestellt.

Die Realisierung des Zentrums der Baukultur soll nun vorangetrieben werden. Da es sich um eine sehr spezielle Immobilie handelt, erscheint es sinnvoll, sie - ähnlich wie die Flächen im Kreativquartier – nicht durch die mit Bauvorhaben stark belastete Verwaltung, sondern von einer städtischen Gesellschaft für diesen Zweck entwickeln zu lassen, damit endlich eine Nutzung erfolgen

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089- 23392627, Fax: 089- 23324599
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

kann. Es bietet sich an, hiermit die MGH - Münchner Gewerbehof- und Technologiezentrums GmbH zu beauftragen, die über einschlägige Erfahrungen verfügt.

gez.

Heide Rieke
Bettina Messinger
Christian Müller

Hans Dieter Kaplan
Renate Kürzdörfer
Haimo Liebich

Ulrike Boesser
Jens Röver

Stadtratsmitglieder

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 06.02.2014

Städtische Wohnbaugrundstücke dauerhaft für bezahlbaren Wohnraum sichern, geförderten Wohnungsbau im Erbbaurecht verwirklichen

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Städtische Wohnbaugrundstücke werden nur noch mit langfristiger sozialer Bindung oder im Erbbaurecht an Privatpersonen und -investoren vergeben. Als Modell für das Erbbaurecht können die Förderkonditionen der Stadt Augsburg dienen, die auch eine Familienförderung beinhalten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den städtischen Wohnbaugesellschaften auch verstärkt Privatgrundstücke, die im Erbbaurecht vergeben werden, für den geförderten Wohnungsbau zu akquirieren und hierfür eine geeignete Fördersystematik zu schaffen.

Begründung:

Der Münchner Wohnungsmarkt ist äußerst angespannt. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum kann der ständig steigenden Nachfrage nicht gerecht werden. Die noch verfügbaren städtischen Flächenressourcen sinken stetig, die Flächenkonkurrenz steigt.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum kann langfristig gemildert werden, wenn die verbleibenden städtischen Wohnbaugrundstücke nur noch mit langfristigen Bindungen oder im Erbbaurecht vergeben werden. Laut Wohnen in München V beträgt das absehbare Flächenpotential für den Wohnungsbau in München nur noch rund 46.000 WE, davon befinden sich nur geschätzt ca. 20.000 WE auf städtischen Flächen. Diese Grundstücke sollte die Stadt dauerhaft für bezahlbaren Wohnraum sichern. Die Förderkonditionen der Stadt Augsburg machen das Erbbaurecht insbesondere für Familien wieder attraktiv.

<http://www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/buergerservice/dienste-a->

[z/aemterweise/leistungen-liegenschaftsamt/grundstuecksvergabe-im-erbbaurecht/](#)).

Um die festgelegten Zielzahlen im kommunal geförderten Wohnungsbau erfüllen zu können ist es erforderlich, unsere bereits vorhandenen Instrumente weiter auszubauen.

Ein neuer Weg hierzu ist die Akquise von Grundstücken, die im Erbbaurecht vergeben werden.

Verschiedene Grundstückseigentümer wie z. B. Stiftungen oder kirchliche Einrichtungen können oder wollen das Eigentum an Ihren Grundstücken nicht veräußern, sind aber dazu bereit ihre Grundstücke für den Wohnungsbau im Rahmen von Erbbaurechten zur Verfügung zu stellen.

Angesichts des hohen Nachfragedrucks sollte die Stadt München auch den Weg des Erbbaurechts nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Hierfür Bedarf es einer geeigneten Wohnbaufördersystematik, die analog der Förderkonditionen zu Wohnen in München V gestaltet werden sollte. Als Bemessungsgrundlage für den Erbbauzins sollen die Grundstückspreise und Mieten im geförderten Wohnungsbau dienen.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Sabine Nallinger

Gülseren Demirel

Jutta Koller

Paul Bickelbacher

Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates

Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Christian Amlong
Heide Rieke
Ulrike Boesser
Hans Dieter Kaplan
Bettina Messinger
Stadtratsmitglieder

München, 24.03.2015

Grundstücke für geförderten Wohnungsbau schnell und einfach zur Verfügung stellen

Antrag

Die Landeshauptstadt München stellt den städtischen Wohnungsbaugesellschaften eigene Grundstücke für den geförderten Wohnungsbau kostenfrei zur Verfügung, z.B. als Sacheinlage.

Wenn die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zur Sicherung der Zielzahlen Grundstücke von Dritten ankaufen müssen, erfolgt eine Refinanzierung (Eigenkapitalanteil) durch die LHM.

Künftig entscheidet der Stadtrat bereits mit Billigung eines Bebauungsplanes über die Übertragung an die jeweilige(n) städtische(n) Wohnungsbaugesellschaft(en).

Begründung:

Bisher verkaufte die Stadt Grundstücke an ihre eigenen Tochtergesellschaften – wenn auch zu den vergünstigten Preisen des geförderten Wohnungsbaus. Durch einen Kaufpreisverzicht stehen den städtischen Gesellschaften zusätzliche Mittel zur Verfügung, die sie zur Erreichung zusätzlicher Neubauziele einsetzen können.

Bei Ankäufen von Dritten soll die LHM den städtischen Gesellschaften die Mittel zur Verfügung stellen, die diese nicht über Kredite beschaffen können.

Auch das Verfahren kann zeitlich und organisatorisch gestrafft werden. Bisher erfolgte nach Abschluss des Bebauungsplanverfahrens zuerst ein Bauträgerauswahlbeschluss und dann noch ein Verkaufsbeschluss, beides in langwierigen Verfahren. Auch macht es keinen Sinn, innerhalb der städtischen Hand über Klauseln in Kaufverträgen zu verhandeln. Die Grundstücke sollen vielmehr schnell und einfach direkt übertragen werden.

gez.

Christian Amlong
Heide Rieke
Ulrike Boesser
Hans Dieter Kaplan
Bettina Messinger

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 05.04.2019

Lebensqualität und Infrastruktur im Münchner Nordosten schon heute verbessern

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah Vorschläge zu unterbreiten, wie noch vor Beginn der geplanten Stadtentwicklungsmaßnahme für die dort lebenden Menschen Verbesserungen im Hinblick auf Infrastruktur und Lebensqualität ermöglicht werden können. Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Busverbindungen
- Fuß- und Radwegnetz
- Aufwertung der Ortskerne
- Spielplätze und Parkflächen

Begründung

Frühestens in zehn Jahren wird es im Münchner Nordosten zu größeren baulichen Veränderungen kommen. Bereits jetzt können aber verschiedene infrastrukturelle Maßnahmen getroffen werden, um Leben und Zusammenleben in Daglfing und Johanneskirchen qualitativ zu verbessern.

gez.

Anne Hübner
Heide Rieke
Christian Müller

Renate Kürzdörfer
Jens Röver
Hans Dieter Kaplan

Bettina Messinger
Dr. Ingo Mittermaier
Simone Burger

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de



rosa liste münchen

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude

München, 9. März 2007

Antrag

Planungen für die Umgestaltung der Münchner Freiheit wieder aufnehmen

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen zur Umgestaltung der (nördlichen) Münchner Freiheit wieder aufzunehmen und dem Stadtrat einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen vorzulegen.

Die Planungen für das im nördlichen Bereich vorgesehene Sozialbürgerhaus werden aufgegeben. Es soll geprüft werden, ob eine höherwertige Randbebauung an der Ungererstraße am Standort des ursprünglich geplanten Sozialbürgerhauses zur Finanzierung der Platzgestaltung beitragen kann.

In diesem Zusammenhang sollen auch Vorschläge geprüft werden, ob und wie die Ungererstraße vom Durchgangsverkehr abgebunden werden kann, damit die Barrierewirkung im Vorfeld der Erlöserkirche minimiert wird und mehr Raum für die Gestaltung gewonnen werden kann.

Begründung:

Nach unserem Kenntnisstand wird das lange Zeit für den nördlichen Bereich der Münchner Freiheit vorgesehene Sozialbürgerhaus mittlerweile nicht mehr verfolgt. Damit entfällt ein wesentlicher Grund für den Stillstand der Planungen zur Umgestaltung der Münchner Freiheit. Eine maßvolle Randbebauung im Norden des Platzes bringt Lärmschutz an der Münchner Freiheit und ermöglicht eine (Teil-) Finanzierung der Umgestaltung.

Der Umbau des südlichen Platzbereiches im Zuge der Straßenbahnplanungen bietet die Chance, den gesamten in die Jahre gekommenen Platz an der Münchner Freiheit aufzuwerten und in seiner Gesamtheit erlebbar zu machen.

Darüber hinaus können in diesem Zuge die (Fuß-) Wegebeziehungen verbessert werden, um der Funktion der Münchner Freiheit als wichtiger Verkehrsknotenpunkt gerecht zu werden.

Untersuchungen haben gezeigt, dass der Platz insgesamt sehr gerne und intensiv zum Aufenthalt genutzt wird und eine hohe Identifikation besteht. Daher ist

wahrscheinlich kein kompletter Umbau des Platzes nötig. Vielmehr sollten gezielt Lösungen für Schwachpunkte (z.B. Lärmschutz an der Leopoldstraße, Fußgängerverbindungen nach Westen und Norden, optische Beziehung zur Erlöserkirche, Aktivierung der Parkplatzfläche im nördlichen Bereich, Fahrradabstellmöglichkeiten) gefunden werden.

Fraktion Die Grünen/rosa liste

Jens Mühlhaus
Stadtrat

Siegfried Benker
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den

21.10.2013

Wohnkosten senken und gleichzeitig zukunftsfähige Mobilität befördern II – Wohnen ohne (eigenem) Auto bei städtischen Gesellschaften

Antrag

1. Die städtischen Wohnbaugesellschaften realisieren künftig auch Projekte „Wohnen ohne (eigenes) Auto“ und kombinieren dies mit tragfähigen Mobilitätskonzepten (ähnlich dem Projekt „Mobilität aus einer Hand“).
2. Dies kommt insbesondere bei Projekten im Rahmen einer qualifizierten Nachverdichtung zur Anwendung, bei der Stellplätze überproportional teuer wären oder Tiefgaragen nur auf Kosten eines wertvollen Baumbestandes zwischen den Gebäuden realisierbar wären.
3. Die günstigeren Wohnkosten ohne Stellplatz werden an den Mieter weitergegeben.
4. Möchte sich der Mieter in einer späteren Lebensphase ein eigenes Fahrzeug zulegen, wird ihm eine Wohnung mit Stellplatz oder das Anmieten eines Stellplatzes in einem benachbarten Objekt angeboten.

Begründung:

Die in Bundesrepublik Deutschland auf die Reichsgaragenordnung von 1939 zurück-gehende und derzeit gültige Regelung, dass Wohnungen ein oder mehrere PKW- Stellplätze zugeordnet werden, diese aber nicht kostendeckend verkauft oder vermietet werden können, führt zu einer Subventionierung des Kfz-Verkehrs über die Wohnkosten. Dies ist einer Stadt mit so hohen Wohnkosten wie München nicht hinnehmbar. Besonders paradox ist die Situation, wenn die Betriebskosten einer halb leerstehenden Tiefgarage in einem gefördertem Wohnungsbau von autolosen Sozialmietern mitgetragen werden müssen.

Eine Möglichkeit auf kommunaler Ebene darauf zu reagieren sind Projekte zum Wohnen ohne (eigenes) Auto. Das Engagement städtischer Wohnbaugesellschaften in diesem Feld ist dazu geeignet das Thema aus der Nische zu holen, in der es sich derzeit befindet.

Mehrere Studien haben gezeigt (u.a. die Studie des von der BMW Group getragenen Instituts für Mobilitätsforschung, Quelle 1), dass in gut erschlossenen Großstädten die Autonutzung und vor allem der Kfz-Besitz in der Altersgruppe der bis 35-jährigen rück-läufig ist. Parallel steigt die Bereitschaft öffentliche

Verkehrsmittel oder das Fahrrad zu nutzen, und Car-Sharing-Systeme entwickeln sich dynamisch. Damit steigen auch die Chancen von Projekten zu Wohnen ohne (eigenes) Auto.

Insbesondere Wohnbauprojekte im Rahmen einer qualifizierten Nachverdichtung, die sonst wegen hoher Stellplatzkosten gar nicht oder nur auf Kosten wertvollen Baum-bestandes realisierbar wären, sind eine Chance für Wohnen ohne Auto.

Die städtischen Wohnbaugesellschaften haben auch die Möglichkeit alternative Wohnun-gen anzubieten, wenn sich Lebensentwürfe ändern oder wenn sich eine Mobilitätsein-schränkung einstellen sollte, die ggf. ein eigenes Kfz erfordert.

Wohnen ohne (eigenes) Auto sollte selbstverständlich unterstützt werden durch Alternativen zum eigenen Auto wie es das Gemeinschaftsprojekt Projekt von KVR, MVG, Wogeno, Stattauto und Fidelio aufzeigt (Quelle 2), in dem Car-Sharing-Autos, gemeinschaftliche Nutzung von ÖV-Tickets, Leih-Fahrradanhänger etc. zur Verfügung gestellt werden.

Quelle1: Institut für Mobilitätsforschung: Mobilität junger Menschen im Wandel – multimodaler und weiblicher. München 2011
www.ifmo.de/basif/pdf/publikationen/2011/ifmo2011_Mobilitaet_junger_Menschen.pdf

Quelle 2: Pilotprojekt Mobilität aus einer Hand
www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat/Wir-ueber-uns/Pressemitteilungen/11-2012/Mobilit-t.html

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Paul Bickelbacher

Sabine Nallinger

Sabine Krieger

Herber Danner

Mitglieder des Stadtrats

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den
21.10.2013

Stellplatzsatzung flexibilisieren

Antrag

Die Verwaltung prüft die Möglichkeit einer Flexibilisierung der Stellplatzsatzung für Kleinstgewerbe

Begründung

Im Bereich von Kleinstgewerbe stellt die Stellplatzsatzung ein Investitionshindernis dar.

Bei Umwidmungen von kleinen Büroflächen, beispielsweise für ein Yoga-Studio oder der Erweiterung von Freischankflächen kleiner Cafés, werden nach der Stellplatzsatzung – unabhängig von der Lage – der Nachweis von Stellplätzen gefordert. Da diese hier meist nicht hergestellt werden können ist eine Ablöse fällig.

Insbesondere in gut erschlossenen integrierten Lagen ist durch Angebote, die sich meist an die Laufkundschaft richten, kein zusätzlicher PKW-Verkehr zu erwarten. Die Kosten für eine Stellplatzablöse machen diese Investitionen aber dort unrentabel, so dass diese – da den Kosten keinen wesentlichen Mehrwert schaffen - entweder gar nicht oder an nicht integrierten Standorten, getätigt werden.

Der öffentliche Raum und die lokale Ökonomie könnte mit einer flexibleren Lösung an vielen Stellen an Attraktivität gewinnen, sei es durch ein paar Bistrotische tagsüber zum Verweilen oder ein Yoga-Raum um die Ecke. Es sollte daher geprüft werden, inwieweit eine Flexibilisierung der Stellplatzsatzung, beispielsweise durch eine „Bagatellgrenze“ und einer entsprechenden Einzelfallprüfung, machbar ist.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Paul Bickelbacher

Sabine Nallinger

Sabine Krieger

Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Marian Offman
Stadtrat Walter Zöllner

ANTRAG

01.10.2015

Schnellbauprogramm für Wohnungssuchende

Der Stadtrat möge beschließen:

Es ist zu prüfen, ob unter bestimmten Voraussetzungen Geschosswohnungsbau errichtet werden kann, der aktuell erforderliche Standards unterschreitet. Mit der Standardunterschreitung soll eine schnelle und kostengünstige Bauweise erreicht werden, um zeitnah Wohnraum für die steigende Zahl der Wohnungssuchenden in München schaffen zu können. Für diese Bauvorhaben sollen geeignete Sonderbaugelände innerhalb von Mischgebieten ausgewiesen werden, in welchen reduzierte Standards zulässig sind.

Begründung:

Die Zahl der Wohnungssuchenden wird weiter ansteigen. Für die Unterbringung in Unterkünften für Wohnungssuchende wird derzeit eine Vielzahl von Einrichtungen geschaffen. Die Menschen wohnen dort in Mehrbettzimmern mit gemeinsamen Sanitärräumen. Das Wohnungslosensystem funktioniert nur dann, wenn der Aufenthalt der Menschen dort temporär begrenzt ist. Mit den aktuell geplanten Zahlen für den geförderten Wohnungsbau kann die zu erwartende Wohnungslosigkeit in München nicht gesteuert werden.

Deshalb muss schnell mit unkonventionellen Mitteln sozial geförderter Wohnungsbau und Mietwohnungsbau für Familien, Alleinerziehende, Rentnerhaushalte usw. (höchstens Mietspiegelniveau) forciert werden. Mit Reduzierung der baulichen Auflagen für festgelegt Baugelände und Zeiträume soll eine Verkürzung der Planungs- und Genehmigungszeiten und Stabilisierung der Errichtungskosten erreicht werden. Dies wäre auch dadurch zu bewerkstelligen, dass dort diese Baugelände ausgewiesen werden, wo langfristige Siedlungsmaßnahmen vorgesehen sind und Bauwerke mit reduzierten Standards für eine Lebensdauer von nur 20 oder 30 Jahren errichtet werden.

Reduzierte Standards sind vorstellbar hinsichtlich der ökologischen Kriterien, hinsichtlich der Stellplatzangebote für Kraftfahrzeuge. Angesichts der begrenzten Lebensdauer solcher Bauwerke sollte eine Kostensenkung – auch durch Fertigbauweise – mit der Möglichkeit einer ausreichenden Rendite auch für Kapitalanleger vorstellbar sein.

Marian Offman, Stadtrat

Walter Zöller, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Johann Sauerer

ANTRAG

19.08.2019

Beerencafes erhalten

Die Verwaltung wird gebeten, dem Betreiber der Beerencafes in Lochhausen, Johanneskirchen und Feldmoching schnellstmöglich Wege aufzuzeigen, wie dieses, vor allem bei Familien beliebte Unternehmen, an seinen bisherigen Standorten weitergeführt werden kann.

Begründung:

Die Beerencafes in Lochhausen, Johanneskirchen und Feldmoching sind ein beliebtes Ziel für Münchner Familien. Die Gäste können dort jeden Tag frisch geerntetes, regionales Obst und Gemüse erwerben.

Neben den angebotenen Speisen gibt es allerlei Freizeitmöglichkeiten, die für viele Münchner Familien wohnortnah genutzt werden können.

So zum Beispiel die Natur- und Abenteuerspielplätze mit ihren vier Elementen Wasser, Feuer, Luft und Erde. Ebenso gibt es spannende Strohlabyrinth und Strohhüpfburgen. In Lochhausen und in Johanneskirchen werden zusätzlich weitläufige Maislabyrinth angeboten.

Alle diese Anlagen befinden sich im Außenbereich. Die Verwaltung soll den Betreiber unterstützen, dass ein Betrieb dort weiterhin möglich ist und für die vielen Nutzer zur Verfügung steht.

Johann Sauerer
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 27.08.2019

Erhalt der BeerenCafés

Antrag:

- 1) Der Stadtrat der Landeshauptstadt München bekennt sich zu dem Konzept der BeerenCafés in München Lochhausen, Feldmoching und Johanneskirchen.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt – gemeinsam mit dem Betreiber – eine Lösung dahingehend zu finden, dass auch zukünftig an den Standorten ein Betrieb wie im ursprünglichen Umfang (2018) möglich ist.
- 3) Die rechtliche Situation wird von der Verwaltung schnellstmöglich überprüft und der Nutzung angepasst. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung des Flächennutzungsplans bzw. einen Aufstellungsbeschluss – in Abstimmung mit dem Betreiber – hinsichtlich eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für die betreffenden Teilgrundstücke zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.
- 4) Selbstverständlich ist von einer Befristung auszugehen, die die Entwicklung des Münchner Nord Ostens nicht behindert.

Begründung:

Die BeerenCafés in Johanneskirchen, Lochhausen und Feldmoching erfreuen sich großer Beliebtheit in München. Sie ermöglichen es den Münchner*innen nicht nur Obst und Gemüse direkt vor Ort selbst zu ernten, sondern auch die ganze Produktionskette mitzuverfolgen und mit anzupacken (so z.B. vergangene Woche bei der Kartoffelernte auf den Feldern). Darüber hinaus sind die natürlich errichteten Natur- und Abenteuerspielplätze (z.B. Seilgarten zwischen den Bäumen, Wasserspielplatz, Strohlabyrinth) eine Bereicherung für die Kinder. Auch die Cafés selbst ermöglichen es mit ihren Sitzplätzen inmitten der Natur – während die Kinder im Naturspielplatz spielen – auszuruhen und die von den angrenzenden Feldern stammenden Produkte, die teilweise weiter veredelt werden, zu genießen. Zusammengefasst: Die Selbsterntefelder, verbunden mit dem Café und dem Naturspielplatz, kommen bei den Münchner Familien hervorragend an und sind eine Bereicherung für die Bevölkerung.

Aus diesem Grund regen sich nun auch die Proteste, weil die Stadt gegen die Betreiber für das Jahr 2019 hohe Auflagen und Einschränkungen verfügt hat.

So sehr dies ggf. baurechtlich nachvollziehbar sein mag, so wichtig ist es nun, ein Konzept zu entwickeln und sodann dem Stadtrat vorzulegen, wie die BeerenCafés an ihren Standorten gesichert werden können – und zwar in dem Umfang, wie diese bis September 2018 betrieben wurden.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Angelika Pilz-Strasser

Katrin Haben schaden

Anna Hanusch

Sebastian Weisenburger

Dr. Florian Roth

Mitglieder des Stadtrats

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Johann Sauerer

ANTRAG

19.08.2019

Beerencafes erhalten

Die Verwaltung wird gebeten, dem Betreiber der Beerencafes in Lochhausen, Johanneskirchen und Feldmoching schnellstmöglich Wege aufzuzeigen, wie dieses, vor allem bei Familien beliebte Unternehmen, an seinen bisherigen Standorten weitergeführt werden kann.

Begründung:

Die Beerencafes in Lochhausen, Johanneskirchen und Feldmoching sind ein beliebtes Ziel für Münchner Familien. Die Gäste können dort jeden Tag frisch geerntetes, regionales Obst und Gemüse erwerben.

Neben den angebotenen Speisen gibt es allerlei Freizeitmöglichkeiten, die für viele Münchner Familien wohnortnah genutzt werden können.

So zum Beispiel die Natur- und Abenteuerspielplätze mit ihren vier Elementen Wasser, Feuer, Luft und Erde. Ebenso gibt es spannende Strohlabyrinth und Strohhüpfburgen. In Lochhausen und in Johanneskirchen werden zusätzlich weitläufige Maislabyrinth angeboten.

Alle diese Anlagen befinden sich im Außenbereich. Die Verwaltung soll den Betreiber unterstützen, dass ein Betrieb dort weiterhin möglich ist und für die vielen Nutzer zur Verfügung steht.

Johann Sauerer
Stadtrat



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 05.09.2019

ANTRAG **Belebung der Münchner Freiheit**

Der Stadtrat beschließt einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für den Bereich der Münchner Freiheit vom Forum bis zur Erlöserkirche.

Ziel des Wettbewerbs soll es sein, Ideen und Lösungen zu finden, wie der Bereich umgestaltet werden kann, um sinnvoll genutzt werden zu können und um ein belebtes Zentrum Schwabings zu werden.

Begründung:

Die Münchner Freiheit sollte ein pulsierendes Herz Schwabings sein. Stattdessen ist der Bereich ein städtebauliches Flickwerk. Es „pulsiert“ lediglich der Tram- und Busbahnhof im Süden. Das Forum wird außerhalb der Weihnachtsmarktzeit von Münchnerinnen und Münchnern kaum frequentiert. Im Norden schließt sich ein baulich getrennter Spielplatz und ein Parkplatz an. Dieser gesamte Bereich muss neu gedacht werden. Zwingend hierbei muss die Integration des Grüngürtels incl. Spielplatz in den Bereich des Forums sein. Vorstellbar wäre ein neues Café und die architektonische Aufwertung des Forums. Wenn der Parkplatz überbaut wird, ist eine Parkgarage mit Stellplätzen für Anwohner und Besucher zwingend erforderlich.

Seit Jahren werden immer wieder Forderungen zur Überplanung der Münchner Freiheit laut, auch der zuständige Bezirksausschuss Schwabing-Freimann hat sich bereits im Frühjahr 2019 mit dem Thema beschäftigt – jetzt muss endlich gehandelt werden!

Initiative: **Andre Wächter**
weitere Fraktionsmitglieder: Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl,
Mario Schmidbauer

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Thomas Schmid
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadtrat Sebastian Schall
Stadtrat Alexander Reissl

ANTRAG

07.07.2020

Einen kühlen Kopf bewahren – Für Mensch und Umwelt

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, Flächen im Münchner Stadtgebiet zu definieren, die geeignet sind das Konzept der „Coolen Straße“ nach dem Wiener Vorbild temporär aufzugreifen (<https://www.wien.gv.at/verkehr-stadtentwicklung/coolestrasse.html>), ohne aber Stellplätze oder aufgrund der Corona-Krise neu geschaffene Freischankflächen zu beschneiden. Insbesondere sollen Sprühnebelanlagen sowie Trinkbrunnen und Sitzgelegenheiten errichtet werden.

Begründung:

Enorme Hitze in der Stadt macht allen Menschen, besonders aber Älteren und Kleinkindern, zu schaffen. Die Sommer in München werden immer heißer und länger, wie der Bericht des Deutschen Wetterdienstes bestätigt.

Umso wichtiger sind Ideen und Konzepte, die den Münchnerinnen und Münchnern das Abkühlen in der Stadt erleichtern.

An heißen Sommertagen können Sprühkühlungen, Trinkbrunnen sowie temporäres Grün mit Sitzgelegenheiten z.B. in Fußgängerzonen, auf bereits beschlossenen Sommerstraßen oder an anderen geeigneten und belebten Orten im Stadtgebiet den Aufenthalt entscheidend verbessern. Nur ein kurzer Augenblick im Sprühnebel erfrischt und belebt.

Gerade auch vor dem Hintergrund der Corona-Krise ist zu erwarten, dass viele Münchnerinnen und Münchner diesen Sommer den Urlaub in ihrer Heimatstadt verbringen werden. Ein attraktives Angebot im Freien ist dafür sicher wichtig. Zusätzlich geschaffene, qualitativ hochwertige Aufenthaltsbereiche können ein bekanntes Umfeld neu erlebbar machen. Außerdem kann durch diese Maßnahmen die gefühlte Temperatur gesenkt werden, was Körper und Geist und sogar der Umwelt gut tut.

Initiative:
Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Thomas Schmid
Stadtrat

Ulrike Grimm
Stadträtin

Sebastian Schall
Stadtrat

Alexander Reissl
Stadtrat